

sind nach dem Urtheile Mancher zu viele Gymnasien im Lande, allein über diesen Vorwurf war der Beschluß der vorigen Ständeversammlung schon hinweggegangen. Und ich kann diese Ansicht nicht theilen; ich betrachte jedes Gymnasium als einen Heerd des Lichts und des heiligen Feuers, das man nicht eher auslöschen darf, als bis es von selbst erlöscht. Ich stelle ferner das, was für die Gymnasien bewilligt wird, in Vergleich mit dem, was den Gewerbschulen zu Theil wird. Hat man für diese so bedeutende Summen verwilligt, ich glaube, es waren wohl ziemlich 20,000 Thlr., so kann ich nicht zweifeln, daß man auch für die Gymnasien mehr bewilligen sollte, als hier postulirt ist. Denn am Ende sind doch die Gymnasien die Werkstätten für die höhere Bildung, ohne welche die Bildung für materielle Interessen schlechterdings verkümmern muß, jedenfalls allen Werth verliert.

Staatsminister v. Lindenau: Die Regierung war nicht geneigt, bei diesem Postulate das Wort zu ergreifen, da sie mit dem Antrage der Deputation vollständig einverstanden ist; allein die Aeußerung des Hrn. Superintendenten D. Großmann und sein der Regierung gemachter Vorwurf, das Gymnasium zu Plauen stiefmütterlich behandelt zu haben, verpflichtet mich, einige Worte zur Erwiderung zu sagen. Mit gutem Grund kann ich eine solche Behauptung für irrig erklären. Plauen hat fortwährend bedeutende und die größten Zuschüsse erhalten, die überhaupt aus Staatskassen den städtischen Gymnasien gewährt worden sind, und die in der vergangenen Finanzperiode jährlich 2000 Thlr. betragen. Die Angabe von 1700 Thlr. beruht auf einem Irrthum, da besage der Rechnungen im vergangenen dreijährigen Zeitraum 6000 Thlr. an das dortige Gymnasium ausgezahlt wurden. Daß während dem ein Lehrer entlassen wurde, wird aus der dortigen geringen Schülerzahl zu erklären sein. Wenn bei dieser Gelegenheit auch der beabsichtigten Verminderung der erzgebirgig-voigtländischen Gymnasien tadelnd erwähnt wurde, so kann ich allerdings die Erhaltung dreier Gymnasien für 250 Schüler als eine zweckmäßige Maßregel nicht anerkennen, da das hiesige allein mehr Schüler enthält, und eine solche Zersplitterung der Mittel für die höhern Unterrichtszwecke eher hemmend als fördernd wirkt. Auch wurde eine von der Regierung beabsichtigte Verminderung nur auf die dagegen in der zweiten Kammer sich erhebenden Stimmen wieder aufgegeben. In Folge der diesmaligen Verhandlungen ist der Zuschuß für Plauen auf 2300 Thlr. und somit abermals auf das Maximum solcher Bewilligungen festgesetzt worden; allein wurde somit jenes Gymnasium stets begünstigt, so muß ich den Vorwurf einer stiefmütterlichen Behandlung nochmals zurückweisen.

D. Großmann: Ich habe mich hinsichtlich der 1700 Thlr. auf die gedruckte Petition der Stadt Plauen zu berufen, welche an alle Mitglieder der hohen Kammer vertheilt worden ist.

Referent D. Crusius: Auch der Deputation ist der Mangel an Uebereinstimmung nicht entgangen, sie hat sich aber bei der Erklärung der hohen Staatsregierung beruhigt.

Bürgermeister Gottschald: Ich bin im Stande, den Schlüssel hierzu zu liefern. Der Herr Superintendent D. Großmann hat insofern recht, als das Unterstützungsquantum allerdings bloß 1700 Thlr. beträgt; indes ist hierbei zu erwähnen, daß gleich anfangs bei der Organisation des Gymnasiums zu Plauen, als das Ministerium vom aufgelösten Schneeberger Gymnasium 4 Lehrer, welche dort höhere Besoldung genossen, an das Plauen'sche Gymnasium versetzte, diesen und andern Lehrern Gehaltszulagen von zusammen 300 Thlr. gewährt wurden. Diese Zulagen sind nun bis auf den heutigen Tag fortgewährt worden. Hieraus ist der Irrthum entstanden, indem diese 300 Thlr. nicht mit zu den 1700 Thlr., die als wirkliche Unterstützungssumme des Gymnasiums zu betrachten sind, gerechnet worden sind. Es könnte auffallen, daß gerade das Gymnasium Plauen einen so großen Zuschuß bedarf; allein ich muß zur Erläuterung dieses Umstandes bemerken, daß, nachdem dieses Gymnasium im Jahre 1835 organisirt worden war, schon ein Jahr darauf der Zustand des Gymnasiums in Folge bekannter Ursachen ein höchst ungewisser wurde, so daß viele Eltern ihre Söhne von diesem Gymnasium zurückbehalten und andern dergleichen Anstalten anvertraut haben, und dieser Umstand hat insbesondere herbeigeführt, daß die obere Klassen sich rücksichtlich der Schülerzahl jetzt in einem schwachen Zustande befinden, so daß die Einnahme das nicht mehr gewährt, worauf ursprünglich Rechnung gemacht worden war.

Referent D. Crusius: Ich glaube kaum nöthig zu haben, zur Vertheidigung der Ansicht der Deputation noch etwas hinzuzufügen, weil ein Widerspruch nicht erfolgt ist. Die Deputation hat allerdings den Grundsatz festgehalten, nur die hohe Staatsregierung sei im Stande, auf völlig unparteiische Weise über die Verwendung der fraglichen Unterstützungssumme zu entscheiden, sie hat indes Bedenken getragen, gegen die von der zweiten Kammer beliebte Modalität der Verwendung sich auszusprechen, hauptsächlich deshalb, weil die Regierung sich selbst damit einverstanden erklärt hat. Gegen den Antrag des Abg. Braun mußte sich die Deputation erklären aus dem Grunde, der auch wohl von der Kammer in allen ähnlichen Verhältnissen anerkannt worden ist, nämlich, daß es nicht gerathen sei, im Allgemeinen über die Postulate der Regierung hinauszugehen. Hier schien dies um so weniger rathsam, da die Regierung allein unparteiisch zu erwägen im Stande ist, welcher Umfang einer solchen Unterstützung zu geben sein dürfte. Ich empfehle daher die Bewilligung des Postulats von 10,000 Thlr. unter Ablehnung des Braun'schen Antrags.

Präsident v. Gerßdorf: Ich habe zwei Fragen zu stellen. Die erste: ob die Kammer nach dem Beirathe der Deputation das Postulat von 10,000 Thlr. als Berechnungssumme zu Unterstützung der städtischen Gymnasien zu Freiberg, Zwickau, Annaberg, Plauen und Budissin bewilligen wolle? — Einstimmig Ja. —

Präsident v. Gerßdorf: Da dies geschehen ist, so frage